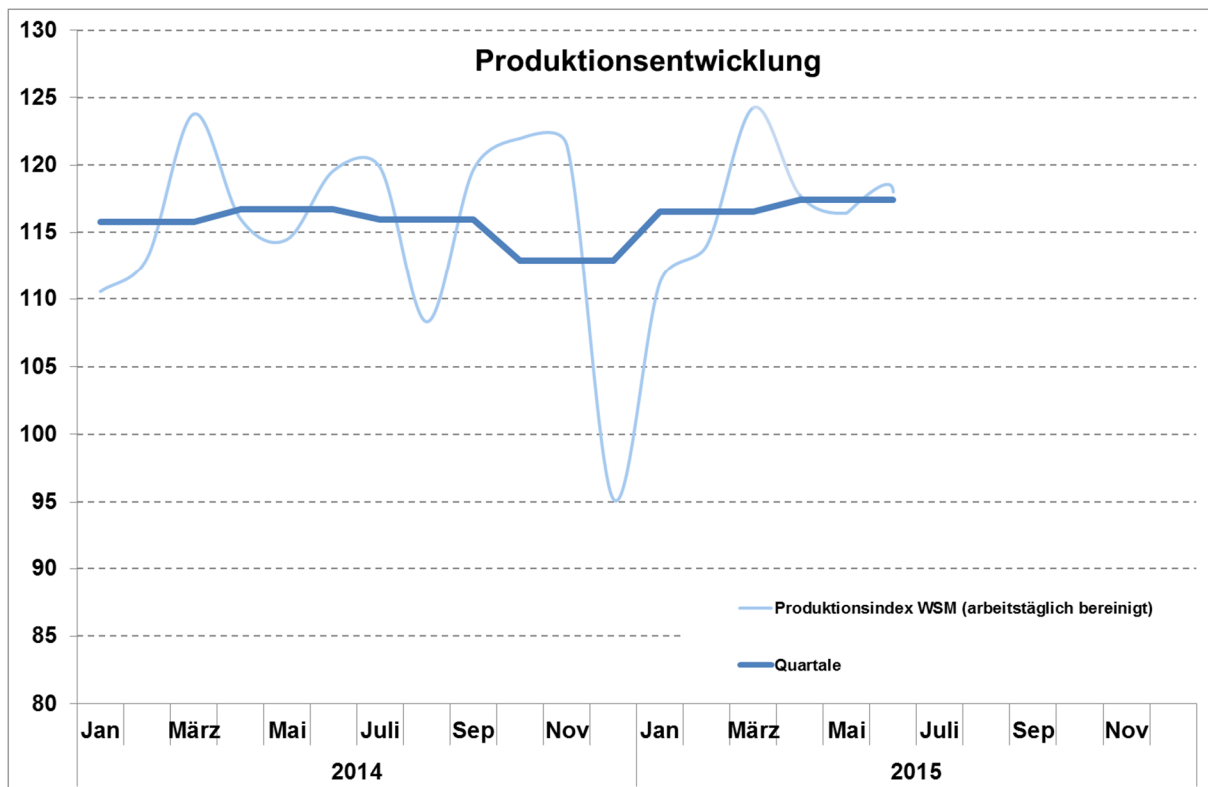


## Produktion im ersten Halbjahr 2015 um 0,6% angestiegen –

### Schnell steigende Arbeitskosten und Risiken der Energiewende fördern Investitionsaversion

Die Unternehmen der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie haben ihre Produktion in Deutschland im ersten Halbjahr 2015 mit plus 0,6% weniger stark als erwartet gegenüber dem Vorjahr erhöht. Im Juni ging der um 2 differierende Arbeitstage bereinigte Produktionswert um 1,3 % zurück. Damit dürfte die Wachstumsprognose von 3% für das Gesamtjahr kaum mehr erreichbar sein, wenngleich die Quartale drei und vier im Vorjahr schwächer ausgefallen sind als das erste Halbjahr 2014. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Entwicklung im Juni ein schwächeres drittes Quartal eingeläutet hat, oder ob es sich um eine vorübergehende Abschwächung handelt. Im zweiten Quartal lag die Produktion um 0,8% über dem ersten Quartal und 0,6% höher als im Vorjahresquartal. Damit ist das erste Halbjahr 2015 exakt parallel zum ersten Halbjahr 2014 verlaufen, jedoch auf einem um 0,6% höheren Niveau.



Im Juni hat die Branche erstmals weniger exportiert (-1,7%) als im Vorjahr. Allerdings war der Vorjahresjuni diesbezüglich der stärkste Monat des gesamten Jahres 2014. Im ersten Halbjahr 2015 wurden 3,9% mehr Stahl- und Metallprodukte exportiert als im Vorjahreszeitraum. Die Inlandslieferungen sind im ersten Halbjahr um 0,5% gestiegen. Während die Inlandslieferungen nach einem Rückgang um 0,3% im Anfangsquartal auf den Wachstumspfad zurückgekehrt sind (+1,4% im zweiten Quartal), sind die Auslandsumsätze im zweiten Quartal, bedingt durch den Rückgang im Juni, langsamer gewachsen (3,4%) als im ersten Quartal (4,4%).

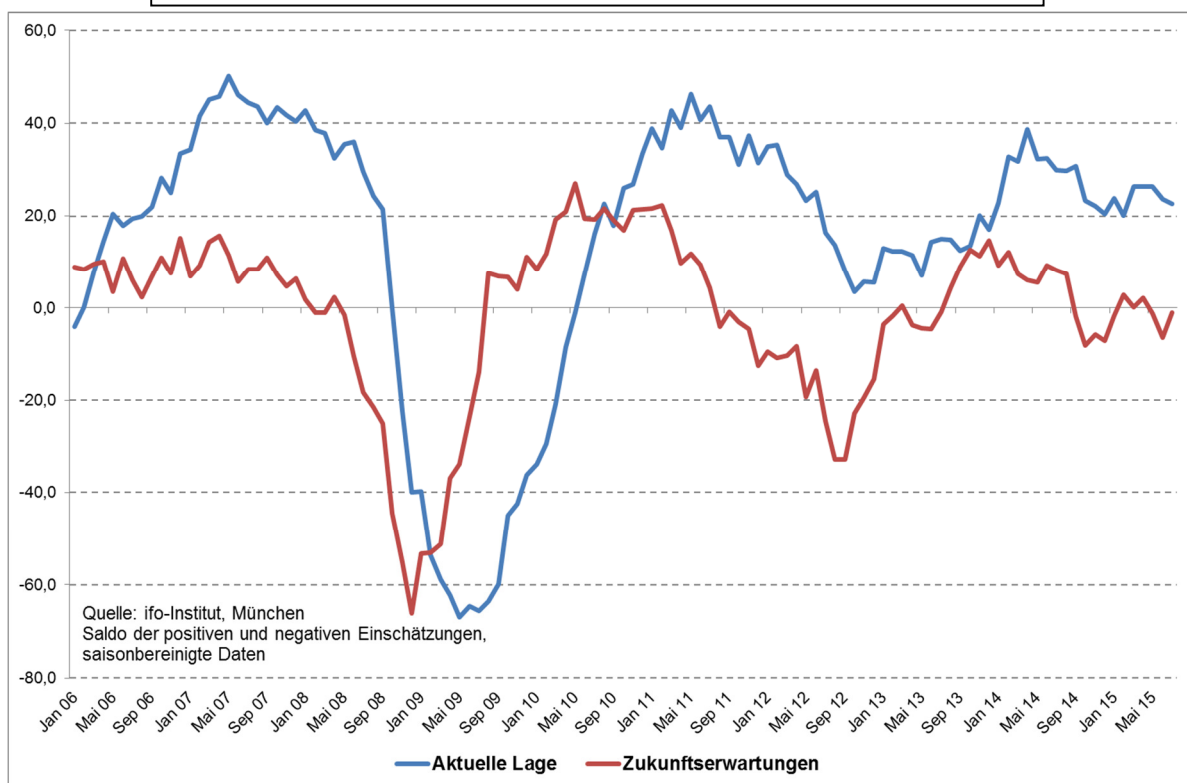
Die Auftragseingänge im zweiten Quartal 2015 liegen um 2% höher als im Vorjahresquartal. Das Minus von 1,5% im ersten Halbjahr ist auf Großaufträge in der Rohrindustrie im ersten Quartal 2014 zurückzuführen. Im zweiten Quartal 2015 haben die ausländischen Bestellungen mit einem Zuwachs um 3,1% das Minus der Inlandskunden von 1,7% gegenüber dem Anfangsquartal kompensiert.

	Produktion		Umsatz (Vol.) *			Auftragseingang (Vol.) *		
	original	berein.*	gesamt	Inland	Ausland	gesamt	Inland	Ausland
Juni 14/15	+ 6,5	- 1,3	+ 0,0	+ 0,8	- 1,7	+ 1,0	- 2,6	+ 9,8
Q I/QII 15	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,9	- 0,1	- 1,7	+ 3,1
Q II 14/Q II 15	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 3,4	+ 2,0	- 0,2	+ 6,7
<b>Jan-Juni 14/15</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 3,9</b>	<b>- 1,5</b>	<b>- 0,5</b>	<b>- 1,8</b>

\*arbeitstäglich bereinigt, Veränderungsraten in %

Das Geschäftsklima in der WSM-Industrie hat sich im Juni nach zwei Rückgängen in Folge wieder aufgehellt. Zwar ist die Lageeinschätzung nochmals leicht gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, die Geschäftserwartungen für die zweite Jahreshälfte haben sich dagegen jedoch merklich gebessert. Die Branche startet also mit Zuversicht in das dritte Quartal des Jahres. Die Konjunktur wird weiterhin von einem kräftigen Konsum getragen. Die weltweit stabile Nachfrage nach Fahrzeugen aus deutscher Produktion bleibt ebenfalls weiter intakt. Dies schafft die Basis für ein im Durchschnitt moderates Wachstum der Branche. Für eine stärkere Dynamik wäre eine Auflösung des Investitionsstaus erforderlich. Davon würden auch Unternehmen profitieren, die stärker in den Maschinen- und Anlagenbau liefern. Nach derzeitigem Stand erwartet die Stahl und Metall verarbeitende Industrie für das Jahr 2015 ein erneutes Produktionswachstum um etwa 2%.

Geschäftsklima in der Stahl- und Metallverarbeitung, Juli 2015



Schnell steigende Arbeitskosten und stetig zunehmende Risiken für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung gefährden indes den Erfolg der Branche am Standort Deutschland. Die Politik muss dringend investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Die guten Nachrichten über volle Staatskassen, hohe Konsumbereitschaft und positive Unternehmenskennzahlen verdecken die existenziellen Risiken für den Wohlstand in Deutschland. Eine konsequente Ausrichtung politischer Entscheidungen auf industrielle Wertschöpfung und ein förderndes Klima für langfristige Investitionen müssen Maßstab der verbleibenden Legislatur der großen Koalition sein.